Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark, mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige. Redaction, Druck und Verlag von R. Graßmann, Stettin, Kirchplatz Nr. 3.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe. Sonnabend, den 16. November 1878. Nr. 538.

Deutschland.

** **Berlin**, 15. November. Die Mittheilungen, welche für die Wiederübernahme der Regierung Seitens des Kaisers bereits einen bestimmten Tag bezeichnen, können nur Kombinationen sein, veranlaßt durch die Aeußerung des Kaisers in Wiesbaden. In Wahrheit haben bestimmte Erörterungen und Beschlüsse über diesen Zeitpunkt noch nicht stattgefunden.

Verschiedene Blätter haben gemeldet, die deutsche Regierung habe bei der österreichisch-ungarischen Regierung eine Verlängerung des deutsch-österreichischen Handelsvertrages auf 6 Monate in Vorschlag gebracht. Das ist irrig; richtig dagegen die andere schon früher gegebene Mittheilung, daß der Vorschlag der deutschen Regierung die Verlängerung des Vertrages auf ein Jahr bezweckt. Wiener Blätter melden nunmehr, daß Oesterreich-Ungarn diesen Vorschlag abgelehnt habe. Es wird damit wohl seine Richtigkeit haben, ebenso auch mit der anderen Nachricht, daß Oesterreich damit anderweite Propositionen verbunden habe, welche zu Verhandlungen Veranlassung gegeben, die zur Zeit noch in der Schwebe sind.

Die Berliner Thiergarten-Verwaltung untersteht der Domänen- und Forstverwaltung und sonach dem Finanzministerium. Bei dem Uebergang der Domänen und Forsten an das landwirthschaftliche Ministerium soll die Thiergarten-Verwaltung gleichwohl im Geschäftskreis des Finanzministeriums verbleiben.

Das Kanonenboot „Wolf", welches auf seiner Reise Schaden erlitten, hat, nachdem die Reparatur bewerkstelligt ist, seine Weiterreise nach dem Mittelmeer angetreten.

Ausland.

Paris, 13. November. Die Deputirtenkammer wird sich in ihren nächsten Sitzungen damit beschäftigen, den letzten Rest der Wahlprüfungen zu erledigen, und die Debatten werden voraussichtlich ein ganz besonderes Interesse bieten, da es sich um die Wahlen der Koryphäen des 16. Mai handelt und da bei dieser Gelegenheit die parlamentarische Untersuchungskommission die Ergebnisse ihrer Nachforschungen der Kammer unterbreiten wird. Es ist daher nicht unwahrscheinlich, daß es im Verlaufe der Debatte ziemlich ersichtlich wird, welche Schlußfolgerungen die Kommission ihrem Generalberichte zu geben gedenkt und ob, wie in letzter Zeit offiziös versichert wurde, die Absicht aufgegeben ist, die Versetzung der Minister des 16. Mai in Anklagezustand zu beantragen. Eine bestimmte Erklärung über diesen Punkt dürfte allerdings wohl nicht zu erwarten sein, da den Republikanern daran liegen muß, die Sache hinzuziehen und bis zu den Senatswahlen eine gewisse Dunkelheit über ihren Absichten schweben zu lassen. Daß die Ergebnisse der parlamentarischen Untersuchung mehr als hinreichend Anlaß zu einem Vorgehen gegen die Minister des 16. Mai bieten, wird schon aus den Berichten über die Wahlen der Herren v. Fourtou, Herzog Decazes, Baron Reille und Grafen von Mun erhellen, da in denselben die zahllose Fülle von Ungesetzlichkeiten mitgetheilt wird, für welche die Minister persönlich und direkt die Verantwortlichkeit tragen müssen. Wie gesagt, die Republikaner werden in dieser Beziehung vorläufig noch eine abwartende Stellung bewahren und im Laufe der gegenwärtigen Session den Generalbericht der Untersuchungskommission nicht einbringen, und dies um so mehr, als erst nach den Senatswahlen daran gedacht werden könnte, „das Werk der Gerechtigkeit" zur Ausführung zu bringen. Die Majorität der Deputirtenkammer würde wohl unzweifelhaft einem Antrage ihrer Kommission, die Minister in Anklagezustand zu versetzen, beistimmen, aber damit wäre noch nichts erreicht, da eben der Senat als Gerichtshof zu fungiren haben würde, so daß also bei der jetzigen Zusammensetzung desselben eine Freisprechung der Angeklagten als sicher betrachtet werden müßte.

Die „Republique Francaise" enthält heute Morgen die folgende nicht unwichtige Mittheilung:

„Wir sind glücklich, anzeigen zu können, daß die republikanische Presse einen neuen Verbündeten gewonnen hat. In Folge eines Wechsels in seiner Leitung wird das in den militärischen Kreisen so geschätzte Journal „L'Armee Francaise" mit Energie die demokratischen Prinzipien vertreten, welche schon so viele beredte Vertheidiger in der politischen Presse haben und so eine von allen unseren Freunden beklagte Lücke ausfüllen. Die Redaktion dieses Fachblattes wird ihr ganzes Bestreben dahin richten, die Ideen des Fortschrittes zur Geltung und die militärischen Institutionen Frankreichs mit den durch den nationalen Willen gegründeten politischen Einrichtungen in Einklang zu bringen. Seine Hauptmitarbeiter sind mit uns in vollständiger Uebereinstimmung der Ideen und wir zweifeln nicht, daß unsere Kollegen sie in der Mission unterstützen werden, den Militärs aller Grade zu zeigen, daß die republikanische Majorität, weit entfernt, die Armee desorganisiren zu wollen, fest entschlossen ist, ihr eine Organisation von erprobter Festigkeit zu geben."

Dieses Fachblatt „L'Armee Francaise" ist etwa vor einem Jahre von dem Generalstabs-Hauptmann a. D. Wachter gegründet, der wohl unstreitig als der beste französische Militärschriftsteller zu betrachten ist. Herr Wachter gehört durch seine Antezedentien zu der bonapartistischen Partei, hat sich aber jetzt von derselben losgesagt und ist in das republikanische Lager übergegangen; er hat nicht allein das Eigenthum seines Blattes an die Aktiengesellschaft der „Republique Francaise" verkauft, sondern er bleibt auch nach wie vor Chef-Redakteur desselben und wird jetzt unter der Oberleitung Gambetta's „mit Energie die demokratischen Prinzipien vertreten." Diese offene Ankündigung des Chefs der republikanischen Majorität, sich der Armee versichern zu wollen, wird nicht allein in den militärischen Kreisen gerechtes Aufsehen erregen.

Gambetta soll beabsichtigen, in seiner Eigenschaft als Präsident der Budgetkommission heute den Antrag zu stellen, daß die Budgetdebatte am Dienstag oder am Donnerstag nächster Woche in der Deputirtenkammer beginne. Es wäre dies ein Zeichen, daß der republikanische Parteiführer in dem gegenwärtigen Verhalten des Staatschefs die Gewähr für die Verhütung aller Verwickelungen zwischen der Deputirtenkammer und dem Gouvernement zu finden glaubt. Andernfalls würde die republikanische Majorität sicherlich nicht unterlassen, sich wie bei der letzten Budgetberathung auf die Bewilligung von Steuer-Zwölften zu beschränken. In den radikalen Organen ist denn auch dieser Ausweg in der That vorgeschlagen worden, damit es der Rechten nicht noch in letzter Stunde gelänge, im Hinblick auf die bevorstehenden Senatswahlen einen Handstreich zu versuchen. Wie die „Rép. Française" berichtet, hat der Budgetausschuß sich in seinen letzten Sitzungen mit den Steuerermäßigungen beschäftigt, zu denen der im Budget erzielte Jahresüberschuß Anlaß geben soll. Es bedarf keines besonderen Hinweises, daß Gambetta mit diesen Steuerermäßigungen an erster Stelle den Zweck verfolgt, für die Republik, die am 5. Januar 1879 endgültig konsolidirt werden soll, Stimmung zu machen.

London, 14. November. Wie die heutigen Morgenblätter melden, hat sich anläßlich des mit Afghanistan drohenden Krieges unter dem Vorsitze des früheren indischen Generalgouverneurs, Lord Lawrence, ein Comité gebildet, das auf eine Kundgebung der öffentlichen Meinung zu Gunsten einer sofortigen Einberufung des Parlaments hinzuwirken bemüht ist.

Ueber die Stellung Persiens zu dem anglo-afghanischen Konflikt wird dem „Wiener Fremdenblatt" aus Teheran geschrieben, daß Persien anfangs eine neutrale Stellung einnehmen, dabei aber mit scharfem Auge die Haltung Beludschistans beobachten werde. Schließt dieses Land eine Allianz mit England und stellt es demselben eine Armee zur Verfügung, dann dürfte auch Persien aus seiner neutralen Haltung heraustreten und durch Aufstellung einer Armee an seiner Südgrenze Beludschistan in seiner Flanke bedrohen. Persien kann und darf nie zugeben, daß Beludschistan sich auf Kosten Afghanistans vergrößere, da hierdurch England auch in Mittelasien festen Fuß fassen und dann die Staaten des Schah bedrohen würde. Derselben Quelle zufolge haben die Russen jetzt mit dem Bau einer großen Fahrstraße von Samarkand nach Tscherseбz am Amu-Darja, durch welche Stadt die Straße nach Balkh und Kabul führt, begonnen. Die Straße muß binnen 4 Monaten fertig werden. In Bokhara glaubt man, daß die Russen diese Straße nur bauen, um desto leichter den Afghanen Waffen und Munition zuführen zu können. In Samarkand sind unlängst bei dreihundert Kriegszelte eingetroffen, ein Anzeichen, daß sich Rußland auf irgend einen Kriegszug in Mittel-Asien vorbereitet. Mehrere Agenten Schir Ali's sind in Bokhara eingetroffen, um daselbst Pferde einzukaufen. Dieselben knüpften gleich nach ihrer Ankunft Unterhandlungen mit dem dortigen Khan an, zu dem Zwecke, ihm einen großen Theil seiner Waffenvorräthe abzukaufen. Diese Agenten wollen dann auch nach Samarkand und Taschkend gehen, um dort ebenfalls Waffen einzukaufen.

Madrid, 14. November. Nach einer Verordnung des Marineministeriums sollen in den Arsenalen von Ferrol und la Caraca fortan nur spanische Kohlen zur Verwendung gelangen; nur in Kadix sind ausländische Kohlen zum öffentlichen Verstriche zugelassen.

Einer aus Tanger vorliegenden Meldung zufolge sind daselbst mehrere Personen an der Cholera erkrankt und einige der Krankheit auch bereits erlegen.

Provinzielles.

Stettin, 16. November. Die gestrige Versammlung der Bürgerpartei im Devantier'schen Saale war so stark besucht, als der Saal überhaupt nur Personen auf sämmtlichen Sitz- und Stehplätzen zu fassen vermochte. Viele Besucher, die etwas spät kamen, mußten leider unverrichteter Sache wieder umkehren, da es nicht möglich war, sich noch Eintritt in den Saal zu schaffen. Nachdem Herr R. Graßmann zum Vorsitzenden gewählt und das Bureau aus den Herren Jul. Höpfner, Pautz, Rotherberg und Hölcke jun. gebildet war, tritt die Versammlung sofort in die Tagesordnung ein.

Erster Gegenstand derselben sind die Angriffe des Herrn Emil Aron und des liberalen Wahlvereins.

Herr R. Graßmann: Sie wissen, daß die letzte Reichstagswahl hier großes Aufsehen erregte. Die Gegner, zuerst niedergeschmettert, gründeten dann den sogenannten liberalen Wahlverein, einzig und allein zu dem Zwecke, um zunächst meine Person, dadurch aber auch indirekt die ganze Bürgerschaft anzugreifen. (Sehr richtig!) Meine Herren! Wie ich bereits einst an anderem Orte bemerkte, ich unterscheide zwei Sorten Liberalen. Die wirklich Liberalen, und zu diesen zähle ich die ganze Bürgerpartei mit ihrem mannhaften Auftreten gegen die Herrschaft einer gewissen Clique (Bravo!) und sodann die Liberalen, die immer nur kurz vor den Wahlen liberale Anwandlungen haben und dann meist, um selbst sich wählen zu lassen, sich um die Zeit vor den Wahlen stets gebährden, als wären sie die reinen Messiasse. (Heiterkeit.) Sie wissen, was sie von solchen Selbstanpreisungen des liberalen Wahlvereins zu halten haben. (Ja wohl!) Diesmal hat Herr Emil Aron die Rolle des Messias übernommen und trat derselbe mit einer Unverschämtheit auf, daß, wenn dagegen geklagt wäre, der Herr sicherlich einige Wochen Zeit gefunden hätte, über Anstand und Sitte nachzudenken. (Sehr richtig und Heiterkeit!) Da der Angriff aber dicht vor den Wahlen kam, so war zu befürchten, derselbe könne bei der Langsamkeit des Gerichtsverfahrens schaden und deshalb blieb nichts anderes übrig, als demselben eine andere derbe Abfertigung zu Theil werden zu lassen. (Bravo!) Meine Herren! Ich hebe aus diesem Angriffe — denn was sollen wir uns mit dem ganzen Quark beschäftigen (Sehr gut!) — nur eine Stelle heraus, die Herr Aron selbst besonders fett gedruckt hat: „Wissen Sie mir während der sechs Jahre, „während welcher Sie Stadtverordneter sind, einen „einzigen Steuerreform-Plan oder eine einzige Fi„nanzmaßregel zu nennen, die Sie vorgeschlagen „haben, um die direkten Steuern der Stettiner zu „ermäßigen, so will ich Ihnen öffentlich Abbitte „thun."

Nun, meine Herren, Sie wissen, daß nicht ich allein, daß Sie alle mit mir den Festungskauf, für den auch Herr Emil Aron stimmte, glücklich beseitigt haben und so Stettin eine Schuldenlast von circa 9,000,000 Mark oder eine jährliche Zinsen- resp. Steuerlast von 450,000 Mark zu ersparen. (Sehr richtig.) Sie wissen, wie sehr ich und Sie alle gegen den zu theuren Rathhausbau, gegen den zu theuren und nach dem Urtheil der meisten hiesigen Aerzte noch dazu unpraktischen Krankenhausbau geeifert haben. Beides leider vergeblich. Sie wissen, wie ich vor zu theuren Straßenanlagen gewarnt (Sehr richtig!), wie ich beantragt habe, die Sievert'sche Schule dadurch vortheilhafter zu machen, daß man sie zu einer Realschule erster Ordnung umgestaltete; die Otto- und Barnimschule dadurch rentabler zu gestalten, daß man aus ihnen die Vorschule zur Gewerbeschule mache, wie diese meine Anträge zuerst abgelehnt, später vom Magistrat wieder aufgenommen und so schließlich angenommen wurden. (Bravo.) Sie wissen, wie ich dagegen gearbeitet, die Kanalisation nicht erst mit großen Unkosten bis zum Logengarten zu legen, sondern sie direkt in die Festungswerke zu leiten; wie man aber damals klüger sein wollte als ich, und wie man nun dennoch sie zum zweiten Male aufgegraben und in die Festungswerke gelegt, allerdings nachdem man einige zehntausend Mark unnütz weggeschmissen hatte! (Sehr wahr!) Ich will Sie nicht mit Weiterem belästigen. Die bodenlose Unwissenheit, welche unsere Gegner heucheln, ist eben nur komisch. (Sehr richtig und lebhafter Beifall!) Ich bitte Sie auch mich davon zu entbinden, mich weiter hier mit Aron oder Dr. Dohrn beschäftigen zu sollen. Die Herren werden nöthigenfalls in meinen Blättern die gebührende Antwort erhalten. Hier lassen Sie uns nur auf die Sache eingehen und den liberalen Wahlverein das Vergnügen überlassen, sich nach seinem Belieben mit Personalien zu beschäftigen. (Lebhafter Beifall.) Nur wenn sich die Majorität der Stadtverordneten Uebergriffe erlaubt, wie z. B. in der Feuersozietät werden wir nicht umhin können, das Verfahren dieser als einer Behörde ebenfalls zu beleuchten. (Allgemeine Zustimmung.)

Herr W. Meyer: Mir ist in der „Neuen Stettiner Zeitung" und auch der „Ostsee-Zeitung" die Ehre widerfahren, mit den beiden Herren Graßmann das Kleeblatt der Bürgertugend genannt zu werden. (Heiterkeit!) Indessen, meine Herren, auch bei unseren Gegnern reden meist ebenfalls nur Herr Aron, Herr Dohrn und Herr Scharlau, also auch ein Kleeblatt. (Heiterkeit!) Vielleicht wollen sich jene Herren das Kleeblatt der bürgerlichen Untugend nennen. (Heiterkeit!) Ich hoffe, Sie werden jedenfalls mit mir wenigstens darin übereinstimmen, daß unser Kleeblatt immer noch dem der Gegner die Waage hält (Bravo und Heiterkeit!), auch wenn dieselben selbst noch ein nicht näher zu bezeichnendes Geschirr, für das drüben einige Inklination zu herrschen scheint, mit zur Waage bringen sollten. (Große Heiterkeit!) Meine Herren! Der Magistrat hat in seinem Berichte vom 1. April 1878 nur die Schulden aufgeführt, die damals bereits bezahlt waren. (Hört!) Aber, meine Herren, Schulden, die man gemacht, bleiben eben Schulden, auch wenn sie noch nicht bezahlt sind! (Sehr richtig!) Anders ist es wenigstens mir bisher nicht zu Ohren gekommen und wahrscheinlich auch Ihnen nicht. (Beifall!) Das Unglück der jetzigen Finanzverwaltung sind die Nachbewilligungen. Bei jeder Bewilligung kommt stets, wie eine Art von Bärme (Heiterkeit!), eine Nachbewilligung nachgehinkt. Redner führt dies am Beispiele des Rathhauses, wo über 300,000 Mark so nachbewilligt sind und an einigem Anderen näher aus. Es wäre wünschenswerth, meint Redner, wenn der Baurath — der allerdings auch nichts habe — für solche Ueberschreitungen irgend wie mehr als bisher verantwortlich gemacht werden könne. (Beifall.)

Herr Tischlermeister Ladwig: Meine Herren! Ich kann doch auch meinerseits nicht umhin, das Verfahren einiger der Herren des liberalen Wahlvereins hier noch in einem Punkte zu illustriren. Ich war neulich in einer Restauration. In dieser befand sich ganz zufällig auch der bekannte sozialdemokratische Abg. Bebel und außerdem zwei Herren des liberalen Wahlvereins. Das Erscheinen Bebel's hier und an jenem Orte rief natürlich einige Sensation hervor, da man ja, wie Sie wissen, immer ein wenig neugierig ist, die Führer der einen oder der anderen Partei wenigstens von Angesicht kennen zu lernen. Was thaten nun aber jene zwei Mitglieder des liberalen Wahlvereins? Meine Herren! Der eine derselben erhob sich, nahm sein Glas und hielt sofort eine Rede, worin er Bebel als den größten und als eifrigsten Reichstags-Abgeordneten feierte. (Sensation.) Und damit noch genug, meine Herren, jene beiden Herren gingen sogar so weit, in jener Restauration ein Hoch auf Herrn Bebel, den Vorkämpfer der Sozialdemokratie, auszubringen! (Große Sensation und Unruhe!) Meine Herren, wenn so etwas von Sozialdemokraten oder Freunden der Sozialdemokratie geschieht, so würde ich nicht ein Wort darüber verlieren. Wenn das aber von Mitgliedern einer Partei geschieht, die sich erst

vor Kurzem rühmte, „alle Ehren und Lasten des Kampfes gegen die Sozialdemokratie allein getragen zu haben", — was, frage ich Sie, soll man dann von dem Charakter oder der Charakterlosigkeit solcher Herren sagen! (Sehr gut! Bravo!) Sehen Sie, meine Herren, das sind Mitglieder des liberalen Wahlvereins! (Große Bewegung.) — Doch ich komme zu Anderem. Sie klagen ferner, daß der Rathhausbau so theuer ist. (Hört!) Ja, meine Herren, wir hiesigen Handwerker, wir durften ja das Rathhaus auch nicht bauen. (Hört! Hört!) Obgleich wir hier die Steuern zahlen, gingen wir dabei meist leer aus. Da mußten die Tischlerarbeiten aus Schlesien und Neuvorpommern kommen! Ich weiß nicht, aus welchen Gründen! Ob etwa deshalb, weil sich mancherlei Geschäfte mit Auswärtigen besser machen lassen als mit Hiesigen (Hört!) oder etwa, weil wir einen fremden Stadtbaurath haben, weil man wahrscheinlich Einheimische zu diesem Posten nicht finden konnte? (Hört!) Aber das Eine steht fest, alle meine hiesigen Kollegen gingen bei dem Rathhausbau absolut leer aus. Ich habe die Sache schon einmal von der Tischler-Innung aus in der Zeitung angeregt. (Bravo.) Der Herr Stadtbaurath wandte sich damals an den Vorsteher derselben und scheint diesem etwas bange gemacht zu haben. Der Herr hätte ihm ruhig sagen sollen, daß die Sache von mir ausginge, ich habe wahrlich keinen Grund, mich irgendwie vor dem Stadtbaurath zu fürchten. (Bravo!) — Sie fragen ferner, meine Herren, wo Ihr Geld hingekommen ist! (Hört! Hört!) Ja, ich meinerseits, ich möchte nur das Geld haben, was z. B. die Pölitzerstraße blos von dem Kreuzungspunkte an bis zur Stadt unnützer Weise gekostet hat! (Hört!) Da wurde gepflastert, dann wieder aufgerissen, wieder gepflastert, zum zweiten Male aufgerissen (Sehr wahr!) und so fort mindestens fünf, sechs Male. (Bewegung.) Und nun frage ich Sie, ist das eine Verwaltung, bei der weise gespart oder bei der das Geld weggeschmissen wird? (Hört! und Bewegung.) Ich muß noch etwas berühren. Da wurde ferner in eben jener Gegend, wie Sie wissen, die Kanalisation gelegt. Mein Haus stand damals in der Preußischen Straße noch allein. Ich sah, daß der betreffende Ingenieur daselbst eine Rohrleitung von nur 9 Zoll Durchmesser legte. Ich machte denselben darauf aufmerksam, daß diese Oeffnung allenfalls genüge, so lange mein Haus allein da sei, aber unmöglich, wenn alle die anderen Baustellen gleichfalls bebaut sein würden. (Hört! Hört!) Das machte aber nichts, die neunzölligen Rohre wurden dennoch gelegt. Heute sind jene Baustellen bebaut und heute ist die Noth oft groß. Einmal ist die Leitung schon an einer Stelle verstopft gewesen, da mußte wieder aufgebrochen werden und ich kann Ihnen schon jetzt sagen, es dauert nicht 2 oder 3 Jahre, dann ist die ganze Leitung verstopft und muß von Anfang bis Ende neu gelegt werden. (Hört! Große Bewegung.) Eigentlich ist es schon jetzt so weit, die Herren geniren sich nur, es zu sagen. (Hört! Hört!) Sie suchen sich noch dadurch zu helfen, daß sie jetzt täglich ausräumen lassen. (Hört!) Sehen Sie, meine Herren, in diesen verkehrten Anlagen da ist unser Geld geblieben, da sind Ihre Steuern zu verwandt. (Anhaltender lebhafter Beifall.)

Herr R. Graßmann dankt dem Redner für seine klaren Auseinandersetzungen. Was übrigens die von auswärts gekommenen Tischlerarbeiten anlange, so sei ihm bereits zu Ohren gekommen, daß sich dieselben bei einer näheren Inspektion nicht einmal als gut bewiesen hätten (Hört!) und man daher wahrscheinlich für theures Geld nur schwache Waare empfangen habe. (Hört!)

Die Versammlung tritt darauf in den folgenden Gegenstand der Tagesordnung: „Bericht über den Schuldenstand der Stadt Stettin nach Herrn R. Graßmann und nach dem Magistratsberichte.

Der Vorsitzende giebt hierüber ein ausführliches, oft von dem lebhaften Beifall der Versammlung unterbrochenes Referat, welches zunächst hervorhebt, daß die Berechnung des Magistrates, der die Schulden der Stadt in seinem Berichte auf nur 6,834,000 Mk. angebe, die ganze Littr. K. im Betrage von 4,000,000 Mk., die doch als eine zur Deckung der Ausgaben absolut nothwendige von der Majorität anerkannt sei, einfach fortgelassen habe, obgleich für 2,000,000 derselben die Zinsen bereits seit dem 1. Januar 1878 in Rechnung gesetzt seien; daß daher der eigentliche Schuldenstand jetzt voll 10,834,000 M. betrage und sich also seit 1864 um über 8,000,000 M. erhöht hätte, während gleichzeitig eine Vergleichung des vom Magistrat selbst aufgestellten status bonorum, der 1864 incl. der Verwaltungsgrundstücke 12,618,000 Mk. und ohne dieselben 8,190,000 Mk. betragen, mit dem status bonorum von 1876 resp. dem von dem Kämmerer gegebenen Berichte vom November 1877, der die Aktiva der Stadt auf 13,600,000 Mk. und ohne die Verwaltungsgrundstücke auf 9,190,000 angebe, das traurige Resultat ergebe, daß also, während seitdem die Schulden um 8,000,000 Mk. zugenommen, eine wirkliche Vermögensverbesserung von nur 1,000,000 Mk. stattgefunden, sich mithin ein Minus von ca. 7,000,000 ergebe, um welches die Stadt jetzt schlechter stehe als 1864. (Die ausführliche Berechnung hierfür wird morgen früh in dem Leitartikel der „Stettiner Zeitung" und des „Stettiner Tageblatts" gegeben werden.)

Nach einer Pause tritt darauf die Versammlung in den letzten Gegenstand der Tagesordnung: Vorbereitungen zur Stadtverordnetenwahl und Aufstellung einer Kandidatenliste. Herr R. Graßmann bittet, die Gegner, die sich im Besitze aller Wählerlisten befänden, über große Geldmittel verfügten und beispielsweise allein für Porto etwa schon 350 Mk. ausgegeben hätten, nicht zu unterschätzen. Nur die angestrengteste Thätigkeit könne der Bürgerschaft den Sieg sichern (Bravo!) Herr R. Graßmann und das Comité der Bürgerpartei erhält ferner den Auftrag, sämmtliche Vorwahlen der Partei in den einzelnen Bezirken zu besuchen.

Es folgte dann eine Besprechung der Kandidatenliste. Von den diesmal ausscheidenden Stadtverordneten werden nur die der Bürgerpartei schon jetzt angehörenden Herren Siebner und Graßmann und außerdem auch Herr Brauerei-Besitzer Kreich als zur Wiederwahl geeignet von der Versammlung acceptirt. Die Liste der neu aufzustellenden Kandidaten, welche eine äußerst stattliche Reihe der angesehensten Namen aufweist, wird nur im Allgemeinen aufgestellt. Es soll den einzelnen Bezirken die freie Auswahl unter denselben, sowie die Aufstellung noch etwaiger anderer Kandidaten durchaus anheimgestellt werden.

Nachdem so die Tagesordnung erledigt, bittet noch einmal Herr Weyer ums Wort. Sie wissen, führt derselbe aus, daß der liberale Wahlverein sich mit dem offenen Schreiben des Herrn Emil Aron für identisch erklärt hat. Meine Herren! Ich bin von so vielen Seiten darum ersucht, daß ich glaube, nur einem Verlangen von Ihnen Allen zu entsprechen, daß ich hiermit bitte, folgenden Antrag anzunehmen:

„Die heutige Bürgerversammlung erklärt hiermit, daß sie der offenen Antwort des Herrn R. Graßmann an den Herrn Emil Aron durchaus zustimmt; daß sie ferner die dem Herrn Emil Aron zu Theil gewordene Abfertigung in allen Punkten billigt und sich mit Herrn R. Graßmann in dieser Sache als durchaus identisch erklärt. Sie ermächtigt das Comité, diese ihre Erklärung zu veröffentlichen. (Lang anhaltender Beifall.)

Der Antrag des Herrn Weyer wird darauf zur Abstimmung gebracht. Probe und Gegenprobe ergeben die einstimmige Annahme desselben, auch die im Saale anwesenden Glaubensgenossen des Herrn Emil Aron stimmen ohne Ausnahme dafür.

Der Vorsitzende dankt für diesen Akt des Vertrauens, welches ihm eine so zahlreiche Vertretung der Bürgerschaft spende.

Mit einem Hoch auf Herrn R. Graßmann schließt die Versammlung.

Stettin, 16. November. An Stelle des am 31. Mai d. J. verstorbenen Herrn von der Osten-Jannewitz ist der vom Verbande des pommerschen Schloßgesessenengeschlechts von der Osten präsentirte von der Osten-Blumberg in's Herrenhaus berufen worden.

— Der Rittergutsbesitzer v. Petersdorff auf Großenhagen ist nach Ablauf seiner Amtsperiode auf's Neue für das Amt als landschaftlicher Deputirter des Saatziger Kreises gewählt.

— Die Verwaltung der Forstkasse für die Reviere Stepenitz und Hohenbrück ist vom 1. Dezember d. Js. ab dem königlichen Forstkassen-Rendanten Wegner übertragen.

— Der bisherige Superintendentur-Verweser und Pastor Sarnow zu Stralsund ist mittelst Allerhöchster Ordre vom 7. Juni d. J. zum Stadt-Superintendenten daselbst ernannt und in dieses Amt eingeführt.

— An dem hiesigen Stadt-Gymnasium ist die definitive Anstellung des Schulamts-Kandidaten Georg Gaebel, am Gymnasium zu Dramburg diejenige des bisherigen Hülfslehrers August Brand als ordentliche Lehrer und am Gymnasium zu Treptow a. R. die Anstellung des Domstiftspredigers Gotthold Bauerfeind, bisher in Brandenburg a. H., als Oberlehrer genehmigt.

— Die am 14. d. Mts. gr. Lastadie 14 stattgefundene öffentliche Partei-Versammlung der „Christlich-sozialen Arbeiter-Partei" war wiederum nur mäßig besucht. Herr Zielowsky referirte über die Tages-Ordnung: „Welche Aufgabe ist den Besitzenden durch Annahme des Sozialisten Gesetzes erwachsen?" Redner stellte zuerst die Frage auf: Lagen Gründe vor, daß ein derartiges Gesetz angenommen werden mußte? Redner meinte, er müsse von seiner Seite aus mit Ja antworten. Sodann fragt Redner: Haben sich die Sozialdemokraten Ausschreitungen zu Schulden kommen lassen, wodurch die Behörden veranlaßt worden sind, ein wachsames Auge auf das Treiben der Sozialdemokratie zu haben? Auch hier, sagte er, müsse er mit Ja antworten. Als ersten Grund hierzu führt Redner die Vereinigung der deutschen Sozialdemokraten mit der Internationale an, dann meinte er, weiter hätte Herr Most durch sein Auftreten in der Eiskeller-Versammlung zu Berlin den Behörden eine Pflicht auferlegt, energisch einzuschreiten, denn, sagt Redner, es kann und darf eine Regierung es nicht ruhig mit ansehen, daß man auf solche Art dem Volke das Heiligste zu entreißen sucht; bei uns wird Niemand zu einem Glauben oder einer Religion gezwungen, aber ein solches Vorgehen, wie das des Herrn Most, durfte die Regierung nicht billigen. Sodann geht Redner zu der eigentlichen Tages-Ordnung über und sagt, es wäre jetzt Pflicht der Besitzenden, durch ein humanes und einsichtsvolles Entgegenkommen dem Arbeiter und Handwerker zu zeigen, daß es ihnen Ernst sei mit Aufbesserung der Lage des arbeitenden Standes. Redner erkenne das Gesetz nur als eine Kette an, womit die Sozialdemokratie augenblicklich gefesselt sei, wohl aber läge es jetzt in der Macht der besitzenden Klasse, sowie der Gesetzgebung, die Sozialdemokratie ganz zu beseitigen, wenn durch Einrichtungen und Gesetze der Arbeiter- und Handwerkerstand eine Besserung seiner Lage gewahr würde. Wünschen wir, daß dieses bald geschähe. Auch die christlich-soziale Partei strebe darnach, die Lage der Arbeiter zu verbessern, daß aber auch schon in der Gesetzgebung darauf hingearbeitet wird, darauf weise ein Satz in der Stettiner Zeitung hin, der auch zur Verlesung kam, woraus hervorgeht, daß in Betreff der Gefängnißarbeit dahin gewirkt würde, daß die Gefangenen den freien Arbeitern keine Konkurrenz machen sollen. Ebenso sollte die Kinderarbeit noch beschränkt werden. Redner meint, wenn auf dieser Bahn weiter gegangen würde, dann würde bald von der Sozialdemokratie nichts mehr übrig bleiben.

Swinemünde, 14. November. Seit Sonntag ist ein hiesiger Hülfs-Fischküper, ein junger kräftiger Mann, der sich stets als ein pflichttreuer, thätiger Beamter bewiesen hat, verschwunden, und erregt dies auch in weiteren Kreisen nicht geringe Sensation. Derselbe soll schon verschiedene Male Personen beim unbefugten Fischen betroffen und sie zur Bestrafung angezeigt, auch wiederholt Fischereigeräthschaften konfiszirt, beziehungsweise unbrauchbar gemacht haben. Sein Boot ist zwar am anderen Tage gefunden worden, doch fehlt von dem Vermißten, der verheirathet und in Ost-Swine wohnhaft ist, bis jetzt jede Spur. Ob derselbe bei Ausübung seines Berufs um's Leben gekommen, d. h. verunglückt ist, oder welchem Umstande sonst sein Verschwinden zuzuschreiben sein möchte, darüber hat man bis jetzt nichts in Erfahrung bringen können.

Greifswald, 14. November. Gestern Nachmittag ist in dem der königlichen Universität gehörigen Gute Friedrichshagen bei Eldena auf dem Pachthofe des Herrn Gutspächters Jahnke ein Dreiwohnungskathen abgebrannt. Das Mobiliar ist meistentheils gerettet. — Die Entstehungsursache des Brandschadens ist noch nicht bekannt geworden.

Vermischtes.

— Die Fürstin Odescalchi ist in letzter Zeit häufig genannt worden; sie wohnte bekanntlich der Vermählungsfeierlichkeit im Bismarck'schen Hause bei und hat auch die fürstliche Familie nach Friedrichsruhe begleitet. Das Erscheinen der jungen und schönen Dame in der Hauptstadt ruft eine kleine Episode aus dem jüngsten Aufenthalte des Kaisers in Gastein in's Gedächtniß zurück, die wir unseren Lesern nicht vorenthalten wollen. Kaiser Wilhelm machte jeden Vormittag einen längeren Spaziergang auf dem höchst romantisch sich hinziehenden sogenannten Fürstenwege in Gastein, einem verhältnißmäßig schmalen Felssaum, und ließ sich am Endpunkt dieser Fußpromenade gewöhnlich auf eine dort angebrachte Ruhebank nieder, um, auf seinen bekannten Krückstock gelehnt, ungestört den Anblick der herrlichen Alpengegend zu genießen. Eines Tages saß Kaiser Wilhelm auch so in Gedanken versunken, als sich auf dem Pfade ein junges Mädchen in der Tracht der dortigen Gebirgsbewohnerinnen nahte, zu den in einiger Entfernung vom Kaiser stehenden Kavalieren herantrat und mit denselben verhandelte. Bald darauf trat einer derselben an den Kaiser heran, um demselben die Bitte der jungen Bäuerin vorzutragen, ihm ein Bouquet Alpenblumen überreichen zu dürfen. Natürlich wurde diese Bitte gewährt und schüchtern, mit heruntergeschlagenen Augen trat die junge Bäuerin hervor und überreichte dem Kaiser eine Strauß, zusammengesetzt aus der schönsten Flora des Hochgebirges. In herzgewinnender Weise richtete der Kaiser einige Worte an das niedliche Kind der Berge und scheinbar ermuthigt durch diese Leutseligkeit schlug dasselbe die Augen zu ihm empor. Plötzlich sah die Umgebung, wie Kaiser Wilhelm, als wenn ihn etwas blendete, die Hand über die Augen hielt und gleich darauf mit der Miene der höchsten Ueberraschung aufsprang und die junge Bäuerin auf das Herzlichste begrüßte. Der Grund der Ueberraschung wurde sehr bald klar, denn jene Pseudo-Bäuerin war Niemand anderes, als — die junge Fürstin Odescalchi, welche sich damals ebenfalls in Gastein aufhielt und sich ihres lebhaften, munteren Wesens halber der Gunst des Kaisers in hohem Maße erfreute. Die Ueberraschung war so vollkommen gelungen, daß weder die Hof-Kavaliere die Fürstin wieder erkannt hätten, noch auch anfänglich der Kaiser Wilhelm selbst, und noch öfters äußerte derselbe zu seiner Umgebung, daß ihm dies kleine qui pro quo viel Spaß gemacht habe.

— In Aachen ist wiederum ein katholischer Geistlicher wegen ehrenrühriger Vergehen verurtheilt worden. Der Kaplan Kronenberg war beschuldigt worden, als Direktor der dortigen Baugesellschaft für Arbeiter-Wohnungen durch Vorspiegelung falscher Thatsachen mehrere Handwerker geschädigt zu haben, und wurde wegen dieser That, sowie wegen Vergehen gegen die Sittlichkeit zu einem Jahre Gefängniß verurtheilt.

Literarisches.

Unser Vaterland in Wort und Bild geschildert von Heinrich v. Schmid. Von diesem ausgezeichneten Werke liegt uns die erste Abtheilung „die deutschen Alpen, Wanderungen durch Tirol, Vorarlberg, das bairische Hochland, Steiermark und Kärnten", Lieferung 1—24, vor. Das ganze Werk ist ein Kunstwerk ersten Ranges in Folio, jedes Heft mit zwei großen Tondruckbildern und zahlreichen Holzschnitten geziert. Wir treten durch dasselbe ein in die Hütten der treuherzigen Tiroler und in ihre Feste und bewundern die prächtigen Landschaften, welche das deutsche Alpenland uns in so reichem Maße bietet. Der Preis ist dabei ein höchst billiger, 75 Pf. für das Heft. Wir können das Werk zur Anschaffung warm empfehlen.

Viehmarkt.

Berlin, 15. November. Es standen zum Verkauf: 266 Rinder, 802 Schweine, 670 Kälber, 530 Hammel.

Rinder Prima-Qualität war zwar durch einige Stücke vertreten, wurde aber nicht begehrt und sehr bald wieder zurückgezogen. Sekunda- und Tertia-Waare wurden auch nur zur kleineren Hälfte verkauft und erzielten je 54 resp. 38—42 Mark pro 100 Pfund Schlachtgewicht.

Noch geringer war die Kauflust für Schweine; hier blieb verhältnißmäßig viel Ueberstand zurück. Beste Waare (Mecklenburger) fehlte; Landschweine erhielten 45—46, Russen 37—39 Mark pro 100 Pfund Schlachtgewicht. Bakuner 41—42 Mark bei 50 Pfund Thara

Kälber wurden je nach Qualität durchschnittlich mit 40—55 Pf. pro 1 Pfund Schlachtgewicht bezahlt.

Hammel wurden nicht geräumt und variirten zwischen 40 bis 50 Pf. pro 1 Pfund Schlachtgewicht.

Telegraphische Depeschen.

Wiesbaden, 19. November. Der Kaiser unternahm gestern mehrere Spazierfahrten; heute ist wieder regnerisches, für den Aufenthalt im Freien nicht günstiges Wetter eingetreten. Zum Besuch des Kaisers sind der Großherzog und die Prinzessin Elisabeth von Sachsen-Weimar hier eingetroffen. Für den Abend ist der Besuch des Hof-Theaters in Aussicht genommen, in welchem der Hofschauspieler Junkermann aus Stuttgart als Gast auftreten wird.

Darmstadt, 15. November. Die „Darmstädter Zeitung" veröffentlicht folgendes Bulletin: Bei dem Großherzog ist die Diphtheritis mit heftigem Fieber aufgetreten, der örtliche Prozeß hält sich bis jetzt in mäßigen Grenzen, schreitet aber noch fort. Bei der Prinzessin Marie ist die Diphtheritis eine sehr bösartige, der Zustand derselben ist ein in hohem Grade Besorgniß erregender. Auch der Erbgroßherzog wurde von der schweren Form der Krankheit befallen, deren Prozeß noch im Fortschreiten ist. Gleichfalls schwer erkrankt ist die Prinzessin Irene, indeß ist gegenwärtig eine leichte Besserung eingetreten. Die Prinzessin Alix befindet sich besser, die Prinzessin Victoria kann ihre baldige Genesung erwarten.

Pest, 15. November. Bei der heute im Abgeordnetenhause stattgehabten Berathung des Adressenentwurfes nahm der Ministerpräsident Tisza das Wort. Derselbe führte aus, daß er die laut werdenden Besorgnisse natürlich finde, bei den die Monarchie so nahe berührenden und unaufhaltbaren Ereignissen, welche sich nur so weit modificiren ließen, daß die Existenz des Staates durch sie nicht gefährdet werde. Die Politik Oesterreich-Ungarns habe seit Beginn der Orientwirren lediglich darin bestehen können, daß die Integrität der Türkei so weit als möglich erhalten bleibe und daß, wenn dies nicht möglich, die Türkei nicht eine Beute Rußlands werde. Aus den Begebenheiten der letzten Jahre ergebe sich, daß Oesterreich-Ungarn gegen einen russisch-türkischen Krieg hätte protestiren können; anstatt eines solchen wäre dann aber bei der damaligen Isolirtheit der Monarchie ein österreichisch-russischer Krieg entstanden, der, wenn er auch für Oesterreich siegreich ausgefallen wäre, Oesterreich doch die hundertfachen Blutopfer und mindestens die zwanzigfachen Geldopfer der bosnischen Okkupation gekostet haben würde. Der Minister wies sodann auf die tief eingreifenden Unterschiede zwischen dem Vertrag von San Stefano und dem Berliner Vertrage hin und erinnerte, dem Vorwurf gegenüber, daß die Legislative nicht vorher von der Okkupation von Bosnien und der Herzegowina benachrichtigt worden sei, an das Vorgehen der englischen Regierung, welche sogar eine Garantie für die Besitzungen der Türkei in Kleinasien übernommen habe, ohne daß das englische Parlament eine Ahnung hiervon gehabt habe. An der Hand der Ereignisse führte der Minister aus, daß keine andere Politik befolgt worden sei als diejenige, welche er dem Hause wiederholt dargelegt habe, daß nämlich verhütet werde, was mit den Existenz-Interessen Oesterreich-Ungarns im Widerspruch stehe und daß irgend eine Macht die Gestaltung der Orientdinge in den Kreis ihrer Omnipotenz ziehe. Er habe die bestimmte Hoffnung, daß der Berliner Vertrag von allen Mächten pünktlich werde eingehalten werden, ohne daß eine Störung des europäischen Friedens erfolge. Wenn jedoch irgend eine Macht die Bestimmungen des Berliner Vertrags und dessen Durchführung anfechten sollte, so werde Oesterreich-Ungarn, das seine Interessen mit den Interessen Europas in Einklang zu bringen verstanden habe, in einem eventuellen Kampfe nicht allein stehen. Es handle sich darum, daß in den orientalischen Kleinstaaten und in den Herzen der dort wohnenden Stämme der Glaube Wurzel fasse, daß, wenn einmal die Orientwirren nicht weiter aufzuhalten seien, diejenige Macht, welche auf ihr Schicksal den größten Einfluß auszuüben vermöge, keine andere Macht als Oesterreich-Ungarn sein könne.

Die Rede Tisza's wurde von der Rechten an vielen Stellen mit lautem Beifall aufgenommen.

Versailles, 15. November. Senat. Bei der heute vorgenommenen Wahl von drei unabsetzbaren Senatoren wurden Baragnon (Legitimist), Oscar Vallée (Bonapartist) und Graf Haussonville (Konstitutioneller) gewählt.

Deputirtenkammer. Die Wahl des Deputirten La Roche Jaquelin wurde für ungiltig erklärt.

London, 15. November. Laut Telegramm aus Havanna von gestern sind durch amtliche Verordnung alle Ausfuhrzölle um 10 Prozent, die direkten Steuern aber um 25 bis 30 Prozent herabgesetzt worden.